

# Hermannstädter Zeitung.

N<sup>o</sup>. 27. Erscheint täglich.  
Kostet vierteljährig 2 fl. 50 kr.  
Mit Postversendung  
im Inland 3 fl. 80 kr. ö. W.

Montag, 27. Jänner 1862.

Bei Inseraten wird die  
gespaltene Zeile mit 1 kr.  
und die Stempelgebühr mit  
30 kr. für jedesmaliges Ein-  
schalten berechnet.

II. Jahrgang.

Uebersicht über die der evangelisch-sächsischen Geistlichkeit in Siebenbürgen gebührende Zehent-Entschädigung an Capital und Renten.  
(Schluß).

## Leischkircher Capital.

Pfarre in:	Entschädigungs- Capital		Jährliche Zinsen		Zinsen seit 1848 bis 1ten Juli 1861		Werth des Zehents seit 1848 herwärts		Bezogene Ararial- Vorshüsse		Rückständiger Census ca- thedraicus		Renten- Guthabung	
	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
Alzen	39656	—	1982	48	25776	24	8011	13	9468	49	5	36	8290	46
Holzungen	26525	20	1326	16	17241	28	8875	—	7190	12	3	58	1172	18
Kirchberg	33270	10	1663	30½	21625	36½	7492	51	7374	9	4	26	6754	10½
Leischkirch	26727	—	1336	21	17372	33	9640	4½	6097	8	3	30	1631	50
Marpod	25714	10	1285	44½	16714	38½	11625	2½	4954	58	3	44	130	54

## Recapitulation über die nach einzelnen Capiteln entfallende Zehent-Entschädigung.

Name des Capitels	Summe der ermittelten Capita- l-Entschädigung		Summe der Renten-Übergewinne		Summe des verbleibenden Capitalrestes	
	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
Mediascher	406451	30	168	37	406282	53
Hermannstädter	841267	40	351	59½	840915	40½
Burzenländer	358843	30	14638	21	344205	9
Bistritzer	619913	30	3490	19½	616423	10½
Tekendörfer	47079	40	2855	34½	44224	5½
Schogener	57586	—	—	—	57586	—
Keener	137902	50	4242	20	133660	30
Untermald-Brooser und Székácsur Surrogat	717704	30	61	13½	717643	16½
Volkascher	127021	30	490	58	126530	32
Scheller mit Kaltwasser und Bierdörfer Surrogat	293994	35	—	—	293994	35
Vogeschdorfer	189511	51	1606	36	187905	15
Kisdor	419397	10	293	20½	419103	49½
Kasler	53803	40	—	—	53803	40
Kosder (beide) und Magareier Surrogat	530976	8	282	11	530693	57
Schenker	396285	50	1954	47½	394331	2½
Leischkircher	151893	20	—	—	151893	20
<b>Zusammen</b>	<b>5349633</b>	<b>14</b>	<b>30436</b>	<b>18</b>	<b>5319196</b>	<b>56</b>

Die angewiesene Rentenguthabung beträgt:

a) in Obligationen	641350 fl. — fr.
b) in baaren Ausgleichungsbeträgen	5449 fl. 42 fr.
<b>Zusammen</b>	<b>646799 fl. 42 fr. ö. W.</b>

Wien, 23. Jänner.

(W. G.) In unsern diplomatischen Kreisen erzählt man sich von dem ungemein huldvollen und gnädigen Empfang, der dem Herrn Staatsminister unmittelbar nach der Ankunft Sr. Majestät des Kaisers zu Theil geworden ist. —

(W. G.) Siebenbürgen. Eine neue Wahlordnung für den Siebenbürger Landtag wird gegenwärtig ausgearbeitet. Es heißt, man habe dabei die Principien der Interessvertretung im Auge. Der Plan, Siebenbürgen in nationale Territorien einzutheilen, soll keineswegs definitiv aufgegeben sein. Man glaubt, die Maßregel

werde sich gewiß zur Zeit der Landtagsdebatten als unabweislich notwendig erweisen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 19. Jänner d. J. die königlich siebenbürgischen Gubernialräthe Johann Freiherrn v. Bornemisza und Alexius v. Nagy ihres Dienstes zu entheben und den disponiblen Ober-Landesgerichtsath Ednard Herbert, die Protonäre Alois Papp de Maros-Gfügöd und Jacob Bolloga, endlich den Director des Expedites der königlich siebenbürgischen Hofkanzlei Ladislaus Koronka de Gsik-Szt. Ivány zu provisorischen Räten des königlich siebenbürgischen Guberniums zu ernennen geruht. (Wiener Zeitung)

(W. G.) Rumänisches Patriarchat. „M. Sajto“ tritt dem Gerüchte, daß man die Einrichtung eines Patriarchates für die Rumänen beabsichtige, mit der Behauptung entgegen, daß man in jenen Kreisen Wiens, welche auf den Gang der Dinge in Ungarn Einfluß nehmen, von einer solchen Absicht nicht wisse.

(W. G.) Die Wiederherstellung der Wojwodina soll dem „Erb.“ zufolge noch vor der Wahl des Patriarchen zur Thatsache werden. Seine Majestät würde als Großwojwode drei Generale designiren, unter welchen der Nationalconvent den Wojwoden zu wählen hat.

### (Eingefendet).

Der in der „Presse“ vom 17. Jänner mitgetheilte Gesegentwurf über die Branntweinbesteuerung verdient wegen seiner, besonders für Siebenbürger außerordentlichen Wichtigkeit, wohl um so mehr besprochen zu werden, als die Fassung desselben eine verschiedene Deutung zuläßt, wie aus der, in derselben Nummer der „Presse“ mitgetheilten Beurtheilung des Gesegentwurfes durch einen „Industriellen“ hervorgeht. Nach dem Gesegentwurfe wird nämlich der Steuerfuß für einen Alcoholometergrad der erzeugten geistigen Flüssigkeit nach der hunderttheiligen Scala bei der Normaltemperatur von + 12° Réaumur mit 63 Kreuzern, nebst den bisherigen Zuschlägen, festgesetzt. Unter einem Alcoholometergrade verstehen wir  $2\frac{1}{2}$  Strich der hunderttheiligen Scala, so daß der oberste Strich derselben einen Alcoholgehalt von 40 Graden nachweist. Liegt nun in dem Gesegentwurf die jedenfalls zeitgemäße Absicht, den neuen Steuerfuß auf einen solchen Grad anzuwenden; so würde eine, wenn auch kleine, jedenfalls dankenswerthe Steuerermäßigung eintreten, welche die Hebung dieses Industriezweiges fördernd, den unbedeutenden Ausfall für das Aerar in kurzer Zeit ersetzen würde. Ist der Gesegentwurf so zu verstehen, wie ihn der „Industrielle“ verstanden hat, daß nämlich der neue Steuerfuß für jeden Strich der 100theiligen Scala zu gelten habe — dann ist in dem Gesegentwurfe eine unerschwingliche Steuererhöhung ausgesprochen, die uns Siebenbürger in noch höherem Grade, als die Industriellen anderer Länder betrifft. In Siebenbürgen erzielt man nämlich einen viel höheren Alcoholgehalt, weil ein ausgiebigerer, daher aber auch viel theurerer Maischstoff verwendet wird. Diese größere Ausbeute ist jedoch noch immer nicht so groß, daß sie die höheren Preise der hierländischen Maischstoffe ausgleichen könnte, was daraus hervorgeht, daß wir selbst in günstigen Jahren die Concurrnz mit Ungarn und Gallizien schwer bestehen können, in minder günstigen aber, wie auch gegenwärtig, schon bei dem jetzigen Steuerfuß die hierländischen Fabriken die Arbeit größtentheils einstellen müssen. Um bei dem in der „Presse“ angeführten Beispiele zu bleiben — so werden bei einem Maischraum von 100 Eimern 840 Tralles gewonnen und es würde daher die neue Steuer von  $\frac{6}{10}$  Kreuzern nebst 20% Zuschlägen für diesen Maischraum 63 fl. 58 fr. betragen, während die gegenwärtige Steuer, nach geschener Abfindung, bloß 32 fl. 13 fr. ausmacht. Wir hätten daher in Siebenbürgen beinahe das doppelte der bisherigen Steuer zu zahlen und es müßten auch die wenigen, noch im Betriebe stehenden Fabriken die Arbeit einstellen. Denn nicht nur erschwert uns der, ein größeres Betriebscapital erfordernde größere Steuerfuß und höhere Preis des Rohstoffes, so wie die große Entfernung von den Emporien und der Mangel einer Eisenbahn die Concurrnz mit den übrigen Ländern, sondern es würde der Fabriksbesitzer durch die kleinen Brennereien, welche nach dem neuen Gesegentwurfe, bei dem gegenwärtigen Steuerfuß belassen, beinahe um die Hälfte weniger Steuer zu zahlen hätten, auch von dem inländischen Markte unfehlbar verdrängt werden. Ob ein solcher Steuerfuß, der uns aus dem Rezen in die Traufe brächte und einem abermaligen Verbote des Branntweinbrennens gleich käme, zum Vortheile des Aerars gereiche, braucht wohl nicht erörtert zu werden; gewiß ist es aber, daß eine solche unerhörte Steuererhöhung für Siebenbürger ein Unglück wäre. Die Alcoholerzeugung gibt bei dem Umstande, daß Siebenbürgen bei fruchtbarer Bodenbeschaffenheit eine verhältnißmäßig dünne Bevölkerung hat (2000 Seelen auf der Quadratmeile) und rings um noch fruchtbareren, keine Ausfuhr der Cerealien gestattenden Ländern umgeben ist, das einzige Mittel einer entsprechenden Verwerthung der das inländische Nahrungsbedürfnis übersteigende Fruchtmenge, und das Land, welches sonst so gut wie keinen Ausfuhrhandel besitzt, würde dem Wiener Reichsrath schlechten Dank wissen für die Ausrothung de nobis, sine nobis, eines uns einer allgemeinen Verarmung entgegengerichteten Geseges, da wenn in Siebenbürgen der Landwirth nicht den Spiritusfabricanten zum Abnehmer hat, die Fruchtpreise schon in einem mittelmäßigen — fruchtbaren Jahre unter die Erzeugungskosten herabzufallen pflegen.

Doch wir wollen uns mit der Hoffnung trösten, daß der „Industrielle“ der „Presse“ den Gesegentwurf unrichtig aufgefaßt habe, zu welcher Annahme uns nicht nur das Widersinnige einer so abnormen Steuererhöhung, sondern auch der Umstand berechtigt, daß es nach bisherigen practischen Begriffen keinen 100gradigen Alcohol gibt, da das, was ichen 40 Grade übersteigt, kein Alcohol, sondern Aether ist. — Jedenfalls wäre es aber sehr wünschenswerth, wenn durch eine entsprechende Aufklärung der Sache der hervorgerufenen Panique ein baldiges Ende gemacht würde.

Berlin, 23. Jänner. Trübe, sehr trübe Erfahrungen hinsichtlich des Fortschritts der Aufklärung unserer als atheistisch vertriebenen Zeit haben wir in den letzten Tagen machen müssen. Während sich hier Vereine und Corporationen mit emsiger Rührigkeit auf den morgenden Tag, der 150jährigen Gedächtnißfeier der Geburt Friedrichs des Großen, dieses königlichen Apostels der Humanität, vorbereiteten und an vielen Orten der gestrige Tag, der Geburtstag des großen deutschen Geistesheroen Gouthold Ephraim Lessing gefeiert wurde, mußten wir erleben, daß die spanische Regierung die Herren Alhama und Matamoros sieben Jahre auf die Galeeren schickte, weil sie protestantischen Cultus geübt und für die Verbreitung der Bibel thätig gewesen sind, — mußten wir erleben, daß in Wiesbaden der Redacteur einer Zeitung verhaftet, unter Anlegung von Handschellen zum Verhör geführt und zu zwei Monat Correctionshausstrafe verurtheilt wurde, weil man in einem seiner Leitartikel „Gotteslästerung und Herabwürdigung der Religion“ gefunden haben will, — mußten wir erleben, daß die „Allg. Preuss. Ztg.“ in Bezug auf den hier zum Abgeordneten gewählten Major a. D. Steinhart, weil er gesagt, „daß es ihm gleichgültig sei, ob er auf dem Schlachtfeld oder dem Felde der Intelligenz falle“, ganz entsezt ausrief: „Für Männer dieser Auffassung muß die Gesinnung des Landes ein für alle mal den Ausschluß von der politischen Arbeit verlangen!“ — Heiliges Duster! Wohin sind wir gekommen in Deutschland, wenn ein protestantischer Prediger sich weigert, ein Kind zu taufen, das einen heidnischen Namen (Gertha) erhalten sollte, und hierzu erst von seiner vorgesetzten Behörde angewiesen werden mußte. — Da ich mich wider Willen heute auf dies schlüpfrige Gebiet gewagt, so gestatten Sie mir wohl auch einen passenden Uebergang. In der auswärtigen Politik ist nämlich die Erklärung des Papstes, daß Rußland in die Wiederherstellung der apostolischen Nuntiarur in St. Petersburg eingewilligt habe, das eigentliche Ereigniß des Tages. „Der Friede ist also geschlossen zwischen dem Haupte der römischen und dem Haupte der griechischen Orthodoxie“ — rief ein französisches Blatt aus — „der Papst küßt dem schlimmsten Verfolger des katholischen Glaubens die Hand, der Hirt wird der Mitschuldige der Wölfe. Der Antichrist, erscheint er eines Tages, wie man versichert, wird keinen glänzenden Triumph davon tragen, als den, welchen der Kaiser aller Reußen davon getragen hat.“ Dieser Klageschrei der „Opinion nationale“ beweist, daß es sich keine Illusionen über die Tragweite jener Thatsache macht, die allerdings von einer zwiefachen Wichtigkeit ist, indem sie den polnischen Clerus, theilweise wenigstens, lahm legen wird und gleichzeitig dem Turiner Cabinet Besorgnisse einflößt, ob Rußland das „Königreich Italien“ anerkennen werde. Ja selbst in den Tuilerien soll die Nachricht unangenehm überrascht haben. Jedenfalls hat sie den Kaiser Napoleon in seinem Entschlusse, an dem status quo in Rom nichts zu ändern, befestigt; denn das Schaufelsystem der französischen Politik läßt es nicht rathsam erscheinen, in einem Augenblicke in einen eclatanten Widerspruch mit den großen Mächten des Continents zu treten, wo England eine Gelegenheit wahrgenommen hatte, sich bis an die Zähne zu rüsten. Napoleon wird daher nach beiden Seiten hin sehr vorsichtig sein und während er fortfährt, mit England in dessen Handeln mit den Vereinigten Staaten zu liebäugeln — der „Moniteur“ stimmte sogar in die absurden Klagen der „Morning Post“ über die Versenkung einiger Schiffe im Hafen von Charleston ein — wird er in seiner Thronrede dem Papste beruhigende Versicherungen machen. Ueberhaupt wird diese Thronrede sehr friedlich klingen, es scheint wenigstens, als ob die gegenwärtigen Umstände es mit sich bringen dürften. —

Unsere Abgeordneten sind nicht ohne das Gefühl großer Bekommenheit an ihre schwierigeren Arbeiten gegangen; sie participiren aber an der allgemeinen Stimmung und diese ist wenig erfreulich. Welche Stellung das Abgeordnetenhaus schließlich zur Adresse an die Krone einnehmen wird, ist bei dem etwas unklaren Verhältniß der einzelnen Parteien zu einander noch eine offene Frage. (Beizentschieden. D. R.) Die zur (altliberalen) Fraction Grabow zählenden Abgeordneten geben einen zwingenden Grund zur Beantwortung der Thronrede nicht zu, werden aber einem darauf bezüglichen

Anträge der Linken principiell sich nicht widerlegen, und zur Formulierung des Antrags wird es wohl doch noch kommen, wenigleich die Ansichten über die Zweckmäßigkeit einer Adresse auch in der deutschen Fortschrittspartei getheilt sind. Die Novelle zum Gesetz vom 3. Sept. 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst soll zuerst dem Herrenhause vorgelegt werden, während von den gestern eingebrachten bedeutenden Gesetzesvorlagen des Justiz- und Finanzministers die Lieblingschöpfungen des Ministers v. Schwerin, die Kreisordnung, die gutsherrliche Polizei u. zuerst im Abgeordnetenhaus zur Berathung kommen werden. Man vermuthet in Abgeordnetenkreisen, es solle dem Herrenhause sehr bald Gelegenheit gegeben werden, seine Gesinnungen gegen die Regierung an den Tag zu legen. Natürlich wird die Kreisordnung verworfen und dann ist wenigstens Zeit gewonnen. Ob zu einem Raisonné oder zu irgend welcher andern Maßnahme schon während der bevorstehenden Session, bleibt abzuwarten.

Dass unser politisches Leben der Frische und Mührigkeit zur Zeit ganz entbehrt, lehrt ein flüchtiger Rückblick auf das Schicksal der Flottensammlungen. Sie begannen, wie man nur wünschen konnte; die Theilnahme war bis auf einzelne Gesellschaftsklassen allgemein und erfreulich. Noch bis zum October hin hatten sämtliche Comités reichlich zu thun, es konnten regelmäßige Sammlungen von ziemlich bedeutender Höhe eingetragen und an das Marineministerium abgeführt werden. In den letzten drittehalb Monaten ist so gut wie nichts eingekommen; dass der Flottenenthusiasmus so abgeklüht ist, wird nach den Vorgängen, die wir in den letzten drei Monaten erlebt haben, Niemand Wunder nehmen.

Der vollständige Text der diplomatischen, auf die „Trent“-Affaire bezüglichen Correspondenz liegt jetzt vor. Die Depesche des Herrn Seward vom 30. November ist die wichtigste unter allen, weil sie auf das unzweifelhafteste herausstellt, dass das Cabinet von Washington von vorn herein die verhältnissmäßigsten Schritte zumgeben hatte, und jenach die Unnützlichkeit der Englischen Politik brandmarkt, welche das Publicum in dem Wahne ließ, der Krieg sei gewissermaßen unvermeidlich. Nicht als ob man mit den Anglophoben behaupten möchte, dass in Folge dieser confidentiellen Mittheilung das englische Cabinet alle seine Kränkungen hätte einstellen sollen; denn unvorhergesehene Zwischenfälle hätten die Verwerfung des englischen Ultimatum verurursachen können; aber es ist unverantwortlich, dass die Organe des Lord Palmerton dem Publicum die Wahrheit vorenthielten, denn bekanntlich hatte „Morning Post“, als das Gerücht von dem Inhalte der Depesche sich im Publicum zu verbreiten anfing, dreist behauptet, es sei darin von der „Trent“-Affaire nicht einmal die Rede. Diese Depesche hat überdem noch den großen Vortheil für das Cabinet von Washington, dass Niemand dem Herrn Seward Glauben verweigern kann, wenn wie seine Note an Herrn Mercier vom 27. December versichert, dass die Rathschläge des Cabinets der Tuilerien von keinem Einflusse auf die Beschlüsse der Regierung der Vereinigten Staaten gewesen, mit andern Worten, dass dasselbe vor Ankunft der Note des Herrn Thowenel beschlossen hatte, England die erforderlichen Zugeständnisse zu machen.

## Uebersicht der Ereignisse.

Wien, 22. Jänner.

(W. G.) Von den verschiedenen Berichterstattern im Finanzausschusse über das Erforderniß im Staatshaushalt ist, wie die „Oesterreichische Zeitung“ berichtet, Herr Dr. Tschek, der das Budget des Staatsministeriums zu begutachten hat, am weitesten vorgedrückt. „Die Berichterstatter gehen mit besonderer Gründlichkeit vor, daher die Verzögerung. Je weiter die Herren kommen, als desto schwerer stellt sich die Bürde heraus, welche sie sich aufgeladen. Unser Budget ist in seinen Einzelheiten nie einer anderen Prüfung unterzogen worden, als jener des betreffenden Beamten oder Beamtenkörpers, und nicht selten fehlt es an Lust, einen Dritten in das Getriebe schauen zu lassen.“ Die folgenden Erörterungen, denen auch die oben citirten Bemerkungen über das Polizeiministerium entnommen sind, dürften wohl die Ansichten des Referenten wiedergeben. Es wird plaidirt für Verminderung der Kosten der Centralleitung, Auflösung der Sectionen im Staatsministerium, welche durch die Trennung der ungarischen, siebenbürgischen, croatischen Angelegenheiten überflüssig geworden seien, und Einreibung der für Ungarn noch bezahlten, aber „nicht die Ordnung handhabenden“ Gendarmen in das Linien-Militär. —

(W. G.) Die „Desterr. Jtg.“ beantwortet heute die, wir wissen nicht von welcher Seite angeregte Frage: ob überhaupt ein gesondertes Polizeiministerium vorthellhaft, und nicht vielmehr gerathener

wäre, dasselbe nur als Zweig des Staatsministeriums bestehen zu lassen? — mit der Erklärung, dass „vor der Hand die Aufhebung des Polizeiministeriums nicht als wünschenswerth erscheine.“ „Wären die Zustände im constitutionellen Sinne consolidirt“, so führt das Blatt weiter aus, bestände die Ministerverantwortlichkeit in vollem Maße, wie sie bestehen sollte, so wären wir die Ersten, welche die Aufhebung eines selbstständigen Polizeiministeriums anstreben. Inso- lange bei uns alles unfertig ist, müssen wir vorziehen, dass die Verwaltungszweige verschiedene Vorsteher haben, denen wenigstens die moralische Verantwortlichkeit aufgebürdet werden kann.“ Würde das Polizeiwesen, wie gegenwärtig schon der Cultus, dem Staatsministerium einverleibt, so erhielten wir lauter Sectionschefs, welche de facto Minister, aber unverantwortlich wären, und „einen allmächtigen Staatsminister, der alle Portefeuilles trägt, aber factisch nur die Ausfertigungsmaschine seiner Herren Departementsvorstände sein könnte.“ —

(W. G.) Von dem bekannten croatischen Publicisten und Landtags-Deputirten Eugen Quarternik in Agram soll dem Bozor nach nächstens eine „Die österreichische Centralisation, Dualismus und Conföderation“ betitelt Broschüre erscheinen, welche, wie „M. D.“ bemerkt weder, für die österreichische-croatische, noch für die ungarisch-croatische Partei das Wort führen wird. Es soll auch in derselben eine Abhandlung über die von den Croaten zu befolgende geheime äußere Politik enthalten sein. —

Wien, 23. Jänner.

(W. G.) Die aus einer hiesigen lithographirten Correspondenz in mehrere Blätter übergegangene Notiz über eine im Staatsministerium getroffene Entscheidung eines angeblichen Conflictes zwischen dem h. erzbischöflichen Consistorium und der Universität in Prag, die Stellung des Professor Wessely betreffend, entbehrt der Begründung, da dieselbe Angelegenheit, so viel wir erfahren, bis jetzt der Entscheidung des Staatsministeriums gar nicht vorliegt. —

(W. G.) Das Budget der auswärtigen Angelegenheiten — schreibt die „Dt. Deutsche Post“ — scheint in dem Finanzausschusse auf keine erhebliche Opposition zu stoßen. Graf Rechberg, der am 21. in der dritten Section erschienen war, hatte in dieser vorwiegend aus Kaufleuten und Industriellen bestehenden Ausschuss-Abtheilung ein ungeräthliches Kreuzfeuer zu bestehen. Doch sind uns einige nicht unwichtige Aeußerungen dieses Ministers mitgetheilt worden. Ueber das Verhältnis zu Frankreich gab Graf Rechberg befriedigende Aufschlüsse, keineswegs jedoch über die Dinge in Italien selbst. Die Regierung in Turin sei zwar von dem Unheil überzeugt, das sie über sich heraufbeschworen, falls sie einen Angriff auf Oesterreich sich einfallen ließe; aber sie sei nicht Herrin der treibenden Elemente im Lande. Sie muß die Werbungen gestatten, die Namens Garibaldi's in den Städten gemacht werden, und ist keineswegs davon sicher, dass sie in Dinge verwickelt werde, die stärker sind als sie. Bei dieser Sachlage müsse man stets einen möglichen Handstreich vor Augen haben und darauf gefaßt sein. Nicht minder interessant sind einige Aeußerungen, die Graf Rechberg bezüglich der entbrannten Fürsten und des Rechts der Secundo-Generation machte. An dem Tage der definitiven Ordnung der italienischen Frage werde Oesterreich practisch und vernünftig handeln. Für heute kann es keinen Punkt seines stipulirten Rechts aufgeben.

In derselben Sitzung der dritten Section des Finanzausschusses hat das Marinebudget Veranlassung zu einer heftigen Debatte gegeben, da es sich nicht nur um das ordentliche Erforderniß der 7 Millionen und der schon von den, dem Reichsrathe gemachten Vorlagen des Herrn v. Plener präliminirten Mehrbetrags von über 7 Millionen pro 1862, sondern um eine auf fast gleiche Höhe gestellte Nachforderung handelte, so dass sich der Gesamtaufwand für die Marine auf 40 Mill. beziffern würde.

Venedig, 21. Jänner. [Zur Anwesenheit Sr. Majestät.] Am 16. wohnte Seine Majestät mit dem Grafen von Chambord einer Wasserjagd bei. In der Begleitung Sr. Majestät befand sich auch ein Landmann, welcher als geübter Wasserjäger zur Führung der Jagd verwendet wurde. Ein schöner Schuß Sr. Majestät erregte den Ausdruck der Bewunderung des schlichten Landmannes. Seine Majestät wendet sich gegen den Bewunderer um und sagt: „Du sollst ein trefflicher Schütze sein und wirst wohl oft Gelegenheit haben, Deine Kunst zu üben.“ „Leider Euer Majestät,“ antwortete der Jäger, „habe ich keinen Waffenpaß und mithin auch kein Gewehr.“ „Nun warum erlangst Du keinen Waffenpaß?“ replirte Seine Majestät, „vielleicht hast Du Anstände vor Gericht gehabt oder Dich politisch compromittirt?“ „D gewiß nicht, Euer Majestät,“ antwortete der schlichte Landmann, „aber die Herren Beamten thun eben was sie

(W. G.) Rumänisches Patriarchat. „M. Sajto“ tritt dem Gerüchte, daß man die Einrichtung eines Patriarchates für die Rumänen beabsichtige, mit der Behauptung entgegen, daß man in jenen Kreisen Wiens, welche auf den Gang der Dinge in Ungarn Einfluß nehmen, von einer solchen Absicht nicht wisse.

(W. G.) Die Wiederherstellung der Wojwodina soll dem „Erb.“ zufolge noch vor der Wahl des Patriarchen zur Thatsache werden. Seine Majestät würde als Großwojwode drei Generale designiren, unter welchen der Nationalconvent den Wojwoden zu wählen hat.

### (Eingekendet).

Der in der „Presse“ vom 17. Jänner mitgetheilte Gesegentwurf über die Branntweinbesteuerung verdient wegen seiner, besonders für Siebenbürgen außerordentlichen Wichtigkeit, wohl um so mehr besprochen zu werden, als die Fassung desselben eine verschiedene Deutung zuläßt, wie aus der, in derselben Nummer der „Presse“ mitgetheilten Beurtheilung des Gesegentwurfes durch einen „Industriellen“ hervorgeht. Nach dem Gesegentwurf wird nämlich der Steuerfuß für einen Alcoholometergrad der erzeugten geistigen Flüssigkeit nach der hunderttheiligen Scala bei der Normaltemperatur von + 12° Réaumur mit 63 Neukreuzern, nebst den bisherigen Zuschlägen, festgesetzt. Unter einem Alcoholometergrade verstehen wir  $\frac{1}{2}$  Strich der hunderttheiligen Scala, so daß der oberste Strich derselben einen Alcoholgehalt von 40 Graden nachweist. Liegt nun in dem Gesegentwurf die jedenfalls zeitgemäße Absicht, den neuen Steuerfuß auf einen solchen Grad anzuwenden; so würde eine, wenn auch kleine, jedenfalls dankenswerthe Steuermäßigung eintreten, welche die Hebung dieses Industriezweiges fördernd, den unbedeutenden Ausfall für das Aerar in kurzer Zeit ersetzen würde. Ist der Gesegentwurf so zu verstehen, wie ihn der „Industrielle“ verstanden hat, daß nämlich der neue Steuerfuß für jeden Strich der 100theiligen Scala zu gelten habe — dann ist in dem Gesegentwurf eine unerschwingliche Steuererhöhung ausgesprochen, die uns Siebenbürger in noch höherem Grade, als die Industriellen anderer Länder betrifft. In Siebenbürgen erzielt man nämlich einen viel höheren Alcoholgehalt, weil ein ausgiebigerer, daher aber auch viel theurerer Maischstoff verwendet wird. Diese größere Ausbeute ist jedoch noch immer nicht so groß, daß sie die höheren Preise der hiesigen Maischstoffe ausgleichen könnte, was daraus hervorgeht, daß wir selbst in günstigen Jahren die Concurrnz mit Ungarn und Gallizien schwer bestehen können, in minder günstigen aber, wie auch gegenwärtig, schon bei dem jetzigen Steuerlage die hiesigen Fabriken die Arbeit größtentheils einstellen müssen. Um bei dem in der „Presse“ angeführten Beispiele zu bleiben — so werden bei einem Maischraum von 100 Eimern 840 Tralles gewonnen und es würde daher die neue Steuer von  $\frac{63}{100}$  Neukreuzern nebst 20% Zuschlägen für diesen Maischraum 63 fl. 58 fr. betragen, während die gegenwärtige Steuer, nach geübener Abfindung, bloß 32 fl. 13 fr. ausmacht. Wir hätten daher in Siebenbürgen beinahe das doppelte der bisherigen Steuer zu zahlen und es müßten auch die wenigen, noch im Betriebe stehenden Fabriken die Arbeit einstellen. Denn nicht nur erschwert uns der, ein größeres Betriebscapital erfordernde größere Steuerfuß und höhere Preis des Rohstoffes, so wie die große Entfernung von den Emporien und der Mangel einer Eisenbahn die Concurrnz mit den übrigen Ländern, sondern es würde der Fabrikbesitzer durch die kleinen Brennereien, welche nach dem neuen Gesegentwurf, bei dem gegenwärtigen Steuerfuß belassen, beinahe um die Hälfte weniger Steuer zu zahlen hätten, auch von dem inländischen Marke unfehlbar verdrängt werden. Ob ein solcher Steuerfuß, der uns aus dem Regen in die Traufe brächte und einem abermaligen Verbote des Branntweins gleich käme, zum Vortheile des Aarars gereiche, braucht wohl nicht erörtert zu werden; gewiß ist es aber, daß eine solche unerhörte Steuererhöhung für Siebenbürgen ein Unglück wäre. Die Alcoholerzeugung gibt bei dem Umstande, daß Siebenbürgen bei fruchtbarer Bodenbeschaffenheit eine verhältnismäßig dünne Bevölkerung hat (2000 Seelen auf der Quadratmeile) und rings um noch fruchtbareren, keine Ausfuhr der Cerealien gestattenden Ländern umgeben ist, das einzige Mittel einer entsprechenden Verwerthung der das inländische Nahrungsbedürfnis übersteigenden Fruchtmenge, und das Land, welches sonst so gut wie keinen Ausfuhrhandel besitzt, würde dem Wiener Reichsrath schlechten Dank wissen für die Aufzucht von de nobis, sine nobis, eines uns einer allgemeinen Verarmung entgegenstehenden Gesetzes, da wenn in Siebenbürgen der Landwirth nicht den Spiritusfabrikanten zum Abnehmer hat, die Fruchtpreise schon in einem mittelmäßigen — fruchtbareren Jahre unter die Erzeugungskosten herabzufallen pflegen.

Doch wir wollen uns mit der Hoffnung trösten, daß der „Industrielle“ der „Presse“ den Gesegentwurf unrichtig aufgefaßt habe, zu welcher Annahme uns nicht nur das Widersinnige einer so abnormen Steuererhöhung, sondern auch der Umstand berechtigt, daß es nach bisherigen practischen Begriffen keinen 100gradigen Alcohol gibt, da das, was schon 40 Grade übersteigt, kein Alcohol, sondern Aether ist. — Jedenfalls wäre es aber sehr wünschenswerth, wenn durch eine entsprechende Aufklärung der Sache der hervorgerufenen Panique ein baldiges Ende gemacht würde.

Berlin, 23. Jänner. Trübe, sehr trübe Erfahrungen hinsichtlich des Fortschritts der Aufklärung unserer als atheistisch vertriebenen Zeit haben wir in den letzten Tagen machen müssen. Während sich hier Vereine und Corporationen mit emsiger Thätigkeit auf den morgenden Tag, der 150jährigen Gedächtnisfeier der Geburt Friedrichs des Großen, dieses königlichen Apostels der Humanität, vorbereiteten und an vielen Orten der geistige Tag, der Geburtstag des großen deutschen Geistesheroen Gotthold Ephraim Lessing gefeiert wurde, mußten wir erleben, daß die spanische Regierung die Herren Alhama und Matamoros sieben Jahre auf die Galerien schickte, weil sie protestantischen Cultus geübt und für die Verbreitung der Bibel thätig gewesen sind, — mußten wir erleben, daß in Wiesbaden der Redacteur einer Zeitung verhaftet, unter Anlegung von Handschellen zum Verhör geführt und zu zwei Monat Correctionshausstrafe verurtheilt wurde, weil man in einem seiner Leitartikel „Gotteslästerung und Herabwürdigung der Religion“ gefunden haben will, — mußten wir erleben, daß die „Allg. Preuss. Zig.“ in Bezug auf den hier zum Abgeordneten gewählten Major a. D. Steinhardt, weil er gesagt, „daß es ihm gleichgiltig sei, ob er auf dem Schlachtfeld oder dem Felde der Intelligenz falle“, ganz entsetzt ausrief: „Für Männer dieser Auffassung muß die Bestimmung des Landes ein für alle mal den Ausschluß von der politischen Arbeit verlangen!“ — Heiliges Dufter! Wohin sind wir gekommen in Deutschland, wenn ein protestantischer Prediger sich weigert, ein Kind zu taufen, das einen heidnischen Namen (Hertha) erhalten sollte, und hierzu erst von seiner vorgesetzten Behörde angewiesen werden mußte. — Da ich mich wider Willen heute auf dies schlüpfrige Gebiet gewagt, so gestatten Sie mir wohl auch einen passenden Uebergang. In der auswärtigen Politik ist nämlich die Erklärung des Papstes, daß Rußland in die Wiederherstellung der apostolischen Runtiaturn in St. Petersburg eingewilligt habe, das eigentliche Ereigniß des Tages. „Der Friede ist also geschlossen zwischen dem Haupte der römischen und dem Haupte der griechischen Orthodoxie“ — rief ein französisches Blatt aus — „der Papst küßt dem schlimmsten Verfolger des katholischen Glaubens die Hand, der Hirt wird der Mitschuldige der Wölfe. Der Antichrist, erscheint er eines Tages, wie man versichert, wird keinen glänzenderen Triumph davon tragen, als den, welchen der Kaiser aller Reußen davon getragen hat.“ Dieser Klageschrei der „Opinion nationale“ beweist, daß es sich keine Illusionen über die Tragweite jener Thatsache macht, die allerdings von einer zweifachen Wichtigkeit ist, indem sie den polnischen Clerus, theilweise wenigstens, lahm legen wird und gleichzeitig dem Turiner Cabinet Besorgnisse einflößt, ob Rußland das „Königreich Italien“ anerkennen werde. Ja selbst in den Tuilerien soll die Nachricht unangenehm überrascht haben. Jedenfalls hat sie den Kaiser Napoleon in seinem Entschlusse, an dem status quo in Rom nichts zu ändern, befestigt; denn das Schaukelssystem der französischen Politik läßt es nicht rathsam erscheinen, in einem Augenblicke in einen eclatanten Widerspruch mit den großen Mächten des Continents zu treten, wo England eine Gelegenheit wahrzunehmen hatte, sich bis an die Zähne zu rüsten. Napoleon wird daher nach beiden Seiten hin sehr vorsichtig sein und während er fortfährt, mit England in dessen Handeln mit den Vereinigten Staaten zu liebäugeln — der „Moniteur“ stimmte sogar in die absurden Klagen der „Morning Post“ über die Versenkung einiger Schiffe im Hafen von Charleston ein — wird er in seiner Thronrede dem Papste beruhigende Versicherungen machen. Ueberhaupt wird diese Thronrede sehr friedlich klingen, es scheint wenigstens, als ob die gegenwärtigen Umstände es mit sich bringen dürften.

Unsere Abgeordneten sind nicht ohne das Gefühl großer Beklommenheit an ihre schwierigen Arbeiten gegangen; sie participiren aber an der allgemeinen Stimmung und diese ist wenig erfreulich. Welche Stellung das Abgeordnetenhaus schließlich zur Adresse an die Krone einnehmen wird, ist bei dem etwas unklaren Verhältniß der einzelnen Parteien zu einander noch eine offene Frage. (Bereits entschieden. D. R.) Die zur (altliberalen) Fraction Grabow zählenden Abgeordneten geben einen zwingenden Grund zur Beantwortung der Thronrede nicht zu, werden aber einem darauf bezüglichen

Anträge der Linken principiell sich nicht widersetzen, und zur Formulierung des Antrags wird es wohl doch noch kommen, wenn gleich die Ansichten über die Zweckmäßigkeit einer Adresse auch in der deutschen Fortschrittspartei getheilt sind. Die Novelle zum Gesetz vom 3. Sept. 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst soll zuerst dem Herrenhause vorgelegt werden, während von den gestern eingebrachten bedeutenden Gesetzesvorlagen des Justiz- und Finanzministers die Lieblingshöpungen des Ministers v. Schwerin, die Kreisordnung, die gutsherrliche Polizei u. zuerst im Abgeordnetenhaus zur Berathung kommen werden. Man vermuthet in Abgeordnetenkreisen, es solle dem Herrenhause sehr bald Gelegenheit gegeben werden, seine Gesinnungen gegen die Regierung an den Tag zu legen. Natürlich wird die Kreisordnung verworfen und dann ist wenigstens Zeit gewonnen. Ob zu einem Patentschub oder zu irgend welcher andern Maßnahme schon während der bevorstehenden Session, bleibt abzuwarten.

Das unser politisches Leben der Frische und Nüchternheit zur Zeit ganz entbehrt, lehrt ein flüchtiger Rückblick auf das Schicksal der Flottensammlungen. Sie begannen, wie man nur wünschen konnte; die Theilnahme war bis auf einzelne Gesellschaftsklassen allgemein und erfreulich. Noch bis zum October hin hatten sämtliche Comités reichlich zu thun, es konnten regelmäßige Sammlungen von ziemlich bedeutender Höhe eingetragen und an das Marineministerium abgeführt werden. In den letzten drittehalb Monaten ist so gut wie nichts eingekommen; daß der Flottenthiasmus so abgeklungen ist, wird nach den Vorgängen, die wir in den letzten drei Monaten erlebt haben, Niemand Wunder nehmen.

Der vollständige Text der diplomatischen, auf die „Trent“-Affaire bezüglichen Correspondenz liegt jetzt vor. Die Depesche des Herrn Seward vom 30. November ist die wichtigste unter allen, weil sie auf das unweifelhafteste herausstellt, daß das Cabinet von Washington von vorn herein die versöhnlichsten Absichten kundgegeben hatte, und sonach die Unfittlichkeit der Englischen Politik brandmarkt, welche das Publicum in dem Wahne ließ, der Krieg sei gewissermaßen unvermeidlich. Nicht als ob man mit den Anglophoben behaupten möchte, daß in Folge dieser confidentiellen Mittheilung das englische Cabinet alle seine Rüstungen hätte einstellen sollen; denn unvorhergesehene Zwischenfälle hätten die Verwerfung des englischen Ultimatum verursachen können; aber es ist unverantwortlich, daß die Organe des Lord Palmerston dem Publicum die Wahrheit vorenthielten, denn bekanntlich hatte „Morning Post“, als das Gerücht von dem Inhalte der Depesche sich im Publicum zu verbreiten anfing, dreifach behauptet, es sei darin von der „Trent“-Affaire nicht einmal die Rede. Diese Depesche hat überdem noch den großen Vortheil für das Cabinet von Washington, daß Niemand dem Herrn Seward Glauben verweigern kann, wenn wie seine Note an Herrn Mercier vom 27. December versichert, daß die Rathschläge des Cabinets der Tuilerien von keinem Einflusse auf die Beschlüsse der Regierung der Vereinigten Staaten gewesen, mit andern Worten, daß dasselbe vor Ankunft der Note des Herrn Thowenel beschlossen hatte, England die erforderlichen Zugeständnisse zu machen.

## Uebersicht der Ereignisse.

Wien, 22. Jänner.

(W. G.) Von den verschiedenen Berichterstattern im Finanzausschuße über das Erforderniß im Staatshaushalt ist, wie die „Oesterreichische Zeitung“ berichtet, Herr Dr. Taschek, der das Budget des Staatsministeriums zu begutachten hat, am weitesten vorgeückt. Die Berichterstatter gehen mit besonderer Gründlichkeit vor, daher die Verzögerung. Je weiter die Herren kommen, als desto schwerer stellt sich die Bürde heraus, welche sie sich aufgeladen. Unser Budget ist in seinen Einzelheiten nie einer anderen Prüfung unterzogen worden, als jener des betreffenden Beamten oder Beamtenkörpers, und nicht selten fehlt es an Luft, einen Dritten in das Getriebe schauen zu lassen. Die folgenden Erörterungen, denen auch die oben citirten Bemerkungen über das Polizeiministerium entnommen sind, dürften wohl die Ansichten des Referenten wiedergeben. Es wird plaidirt für Verminderung der Kosten der Centralleitung, Auflösung der Sectionen im Staatsministerium, welche durch die Trennung der ungarischen, siebenbürgischen, croatischen Angelegenheiten überflüssig geworden seien, und Einreihung der für Ungarn noch bezahlten, aber „nicht die Ordnung handhabenden“ Gendarmerie in das Linien-Militär. —

(W. G.) Die „Oesterr. Ztg.“ beantwortet heute die, wir wissen nicht von welcher Seite angeregte Frage: ob überhaupt ein gesondertes Polizeiministerium vortheilhaft, und nicht vielmehr gerathener

wäre, dasselbe nur als Zweig des Staatsministeriums bestehen zu lassen? — mit der Erklärung, daß „vor der Hand die Aufhebung des Polizeiministeriums nicht als wünschenswerth erscheine.“ „Wären die Zustände im constitutionellen Sinne consolidirt“, so führt das Blatt weiter aus, bestände die Ministerverantwortlichkeit in vollem Maße, wie sie bestehen sollte, so wären wir die Griten, welche die Aufhebung eines selbstständigen Polizeiministeriums anstreben. Insofern lange bei uns alles unfertig ist, müssen wir vorziehen, daß die Verwaltungszweige verschiedene Vorsteher haben, denen wenigstens die moralische Verantwortlichkeit aufgebürdet werden kann.“ Würde das Polizeiwesen, wie gegenwärtig schon der Cultus, dem Staatsministerium einverleibt, so erhielten wir lauter Sectionschefs, welche de facto Minister, aber unverantwortlich wären, und „einen allmächtigen Staatsminister, der alle Portefeuilles trägt, aber factisch nur die Ausfertigungsmaschine seiner Herren Departementsvorstände sein könnte.“ —

(W. G.) Von dem bekannten croatischen Publicisten und Landtags-Deputirten Eugen Quarternik in Agram soll dem Pogor nach nächstens eine „Die österreichische Centralisation, Dualismus und Conföderation“ betitelte Broschüre erscheinen, welche, wie „M. D.“ bemerkt weder, für die österreichisch-croatische, noch für die ungarisch-croatische Partei das Wort führen wird. Es soll auch in derselben eine Abhandlung über die von den Croaten zu befolgende geheime äußere Politik enthalten sein. —

Wien, 23. Jänner.

(W. G.) Die aus einer hiesigen lithographirten Correspondenz in mehrere Blätter übergegangene Notiz über eine im Staatsministerium getroffene Entscheidung eines angeblichen Conflictes zwischen dem h. erzbischöflichen Consistorium und der Universität in Prag, die Stellung des Professor Weßely betreffend, entbehrt der Begründung, da dieselbe Angelegenheit, so viel wir erfahren, bis jetzt der Entscheidung des Staatsministeriums gar nicht vorliegt. —

(W. G.) Das Budget der auswärtigen Angelegenheiten — schreibt die „Ost-Deutsche Post“ — scheint in dem Finanzausschuße auf keine erhebliche Opposition zu stoßen. Graf Rechberg, der am 21. in der dritten Section erschienen war, hatte in dieser vorwiegend aus Kaufleuten und Industriellen bestehenden Ausschuß-Abtheilung ein ungefährliches Kreuzfeuer zu bestehen. Doch sind uns einige nicht unwichtige Aeußerungen dieses Ministers mitgetheilt worden. Ueber das Verhältniß zu Frankreich gab Graf Rechberg befriedigende Aufschlüsse, keineswegs jedoch über die Dinge in Italien selbst. Die Regierung in Turin sei zwar von dem Unheil überzeugt, das sie über sich heraufbeschwören, falls sie einen Angriff auf Oesterreich sich einfallen ließe; aber sie sei nicht Herrin der treibenden Elemente im Lande. Sie muß die Werbungen gestatten, die Namens Garibaldi's in den Städten gemacht werden, und ist keineswegs davor sicher, daß sie in Dinge verwickelt werde, die stärker sind als sie. Bei dieser Sachlage müsse man stets einen möglichen Handstreich vor Augen haben und darauf gefaßt sein. Nicht minder interessant sind einige Aeußerungen, die Graf Rechberg bezüglich der entthronten Fürsten und des Rechts der Secundogenituren machte. An dem Tage der definitiven Ordnung der italienischen Frage werde Oesterreich practisch und vernünftig handeln. Für heute kann es keinen Punkt seines stipulirten Rechts aufgeben.

In derselben Sitzung der dritten Section des Finanzausschusses hat das Marinebudget Veranlassung zu einer heftigen Debatte gegeben, da es sich nicht nur um das ordentliche Erforderniß der 7 Millionen und der schon von den, dem Reichsrathe gemachten Vorlagen des Herrn v. Plener präliminirten Mehrbetrags von über 7 Millionen pro 1862, sondern um eine auf fast gleiche Höhe gestellte Nachforderung handle, so daß sich der Gesamtaufwand für die Marine auf 40 Mill. beziffern würde.

Venedig, 21. Jänner. [Zur Anwesenheit Sr. Majestät.] Am 16. wohnte Seine Majestät mit dem Grafen von Chambord einer Wasserjagd bei. In der Begleitung Sr. Majestät befand sich auch ein Landmann, welcher als geübter Wasserjäger zur Führung der Jagd verwendet wurde. Ein schöner Schuß Sr. Majestät erregte den Ausdruck der Bewunderung des sächlichen Landmannes. Seine Majestät wendet sich gegen den Bewunderer um und sagt: „Du sollst ein trefflicher Schütze sein und wirst wohl oft Gelegenheit haben, Deine Kunst zu üben.“ „Leider Euer Majestät,“ antwortete der Jäger, „habe ich keinen Waffenspaß und mithin auch kein Gewehr.“ „Nun warum erlangst Du keinen Waffenspaß,“ replicirte Seine Majestät, „vielleicht hast Du Anstände vor Gericht gehabt oder Dich politisch compromittirt?“ „D gewiß nicht, Euer Majestät,“ antwortete der sächliche Landmann, „aber die Herren Beamten thun eben was sie

wollen, und so haben andere Gewehre und ich keines.“ Der Kaiser lächelte und schweig. Zwei Tage später erhielt der Jäger plötzlich die Weisung, sich direct zu Sr. Majestät in die k. Burg zu begeben. Vor Sr. Majestät geführt, händigte ihm Sr. Majestät ein gutes Doppelgewehr und einen Waffenpaß ein und sagte ihm: „Ich habe mich über Dich informiert und da ich nur Gutes von Dir gehört, so habe ich Dir den Waffenpaß verschafft, und damit du gleich zu jagen anfangen kannst, gebe ich Dir auch ein Gewehr. Lebe wohl — und schiesse mir nicht gar alle Enten weg.“ Bei eben jener Wasserjagd als gerade Sr. Majestät in S. Dorn in die Barke steigen wollte, warf sich ihm ein alter Bauer schluchzend zu Füßen. „Was hast Du, Alter,“ sagte der Kaiser, „sprich, wenn ich Dir helfen kann, so soll es gewiß geschehen.“ „Ach Euer Majestät, ich habe einen Sohn, die Stütze meiner Familie, der ist nun Soldat geworden und ohne ihn geht unsere Wirtschaft zu Grunde — wenn Euer Majestät mir meinen Sohn zurückgeben möchten.“ „Mein lieber Alter, das hängt nicht von mir allein ab, komme aber morgen Früh zu mir in die Burg, schreibe mir Deinen Namen und den Deines Sohnes auf, sowie das Regiment, wo er dient, das Weitere überlasse mir, wir werden schon die Sache zu arrangiren suchen.“ Am anderen Tage erschien der arme Vater zur angegebenen Stunde, es wurde ihm der Zettel mit dem Namen und Regiment seines Sohnes abgenommen und ihm bedeutet, sich um 4 Uhr Nachmittags die Antwort persönlich zu holen. Sr. Majestät ließ telegraphisch sich um die Verhältnisse erkundigen, und als um 4 Uhr der alte Mann kam, wurde er vor Sr. Majestät geführt und mit den Worten empfangen: „Nun freue Dich, Alter, Dein Sohn tritt morgen schon auf meine Kosten die Reise in die Heimath an, er ist frei vom Militärdienste und damit Ihr Euch einrichten könnt, hast Du hier 200fl. — Lebe wohl und sei glücklich.“ Der arme Mann war so vor Freude gerührt, daß er noch auf der Straße schluchzte und Jedermann sein Glück erzählte. Als Sr. Majestät am vorigen Sonntag während der Platzmusik am Marcusplatz spazieren ging, wurde er von einer alten Frau des Mittelstandes angehalten und ihm eine Bittschrift überreicht. In der Bittschrift war die Klage enthalten, daß ihre Tochter ein Liebesverhältniß mit einem k. k. Officier unterhält, beide sich unendlich lieben, aber nicht die Mittel haben, die Caution zu erlegen. Nun sei der Officier veresetzt worden und ihre Tochter aus Kummer so erkrankt, daß um ihr Leben gefürchtet werde. Nach vier Tagen erhielt die besorgte Mutter von dem General-Adjutanten Sr. Majestät die Bestätigung, daß Sr. Maj. den genannten Officier an die Grenze transferiren, und bei jener Gelegenheit ausnahmsweise erlauben werde, daß er ohne Erlag einer Caution ihre Tochter eheliche. —

**Frankreich.** Paris, 20. Jänner. Man liest im Moniteur: „Mehrere Journale haben angezeigt, daß kraft kaiserlicher Entschliessung künftighin ohne Beschlußnahme im Ministerrath der Presse keine Verwarnung mehr ertheilt werden soll. Die Nachricht entbehrt der Begründung.“

Ein sehr trauriges Ereigniß hat sich gestern auf dem Eise des großen Teiches im Bois de Boulogne zugetragen. Ein Kutscher, Namens Gros-Glaudi, brach ein. Unter dem Gewicht der ihm zu Hilfe eilenden Personen wich das Eis und es verschwanden zwölf Personen im Wasser. Acht davon konnten gerettet werden. Drei Leichen hat man herausgezogen und deren Identität constatirt, die vierte, wahrscheinlich die eines Kindes, hat man noch nicht gefunden. Der Kutscher, der zuerst in das Wasser fiel, war betrunken; er kam glücklich davon. Unter denen, welche nur mit einem kalten Bade bedacht wurden, befand sich auch der bekannte Schlachtenmaler V. v. o. n.

**England.** London, 23. Jänner. Die Times resumirt das Finanzprojecte Foulds und findet dasselbe befriedigend, besonders zollt die Times der vorgeschlagenen Armeereduction ihren Beifall.

Dasselbe Blatt bringt noch andere Artikel über die Nothwendigkeit, daß England fortfahre, bezüglich Amerikas eine streng neutrale Politik zu verfolgen und in keiner Weise in dem amerikanischen Streite zu interveniren.

Morningpost zweifelt nicht an dem günstigen Erfolge des Finanzplanes Foulds, aus welchem sie die besten Vorbedingungen für Frankreich und England und den Frieden Europas ableitet.

Telegraph und Daily News, so wie auch andere Blätter schenken dem Finanzprojecte Foulds ebenfalls ihren Beifall. —

**Rußland.** Warschau, 19. Jänner. Der Bischof Graf Plater ist mit den Domherren Szejzgielski und Budziszewski nach St. Petersburg abgereist, um bei der Consecration des neuernannten Erzbischofs Jeltuski das hiesige Domcapitel zu vertreten. Die Consecration selbst soll am 26. d. M. stattfinden. Der Staatsrath Baron Kerzen, Civilgouverneur des Guberniums Augustoff, ist auf eigene Bitte seiner Stelle enthoben und durch Allerhöchsten Befehl das gewesene Mitglied der aufgelösten Codifications-Commission, Staatsrath Malkowski, zum Mitgliede der Warschauer Departements des dirigirenden Senats ernannt worden. Die Wiedereröffnung der hiesigen erst 3 Jahre bestehenden medicinisch-chirurgischen Academie soll der Eröffnung der Gymnasien am 25. d. M. folgen. Vor der Schließung, d. h. vor dem Anfang der Unruhen, zählte dieselbe gegen 400 Studierende, von denen eine ziemliche Anzahl Polen von anderen russischen Universitäten hierher gekommen war. —

**Schweiz.** Bern, 17. Jänner. Gestern hat der Nationalrath ohne erhebliche Discussion dem bernischen Eisenbahndecret seine Sanction ertheilt. Heute zog er die bundesrätlichen Anträge betreffend einige Abänderungen des Gesetzes über die eidgenössische Militärorganisation in Beratung. Sie betrafen namentlich den eidgenössischen Stab und den Unterricht der Recruten und den während der Wiederholungskurse. Der wichtigste Antrag war der auf gänzliche Aushebung des seitherigen hinsichtlich des Stuzens und des Prelat-Burnand-Gewehrs angewendeten Magazinierungssystems. Die hierauf Bezug habende Stelle der bundesrätlichen Botschaft lautete:

„Was den Stuzen, das Jäger- und Prelat-Burnand-Gewehr betrifft, so ist es im directen Widerspruch mit den in neuerer Zeit immer mehr hervortretenden Bedürfnissen und Bestrebungen, den Soldaten auch außer der Dienstzeit mit seiner Waffe sich vertraut zu machen und in freiwilligen Vereinen sich damit zu üben. Wenn dem Manne zu Friedenszeiten das Gewehr nicht vollständig anvertraut wird, wenn er hier nicht dasselbe gehörig zu unterhalten und damit sich zu üben lernt, so ist fast noch größere Gefahr vorhanden, ihm dasselbe in Kriegszeiten zu übergeben. Also dem Manne, der berufen ist, im Kriege die Waffe zu führen, dieselbe auch in Friedenszeiten, und zwar in seinem eigenen Hause, anvertraut!“

Dieser Aufforderung wurde jedoch trotz der warmen Befürwortung des Bundespräsidenten Stämpfli keine Folge geleistet. Das alte System ward mit einem Mehr von etwa 20 Stimmen beibehalten; allen übrigen bundesrätlichen Anträgen dagegen mit nur geringen Modificationen die Zustimmung der Versammlung ertheilt. — Im Ständerath hat heute die Beratung der Revision des Posttaxengesetzes begonnen, welche sich durch einige Sitzungen hindurchspinnen dürfte. —

**Türkei.** Constantinopel, 18. Jänner. Es wurde eine Commission eingesetzt, und mehrere auf Getränke, Salz und Tabaksteuer bezügliche Fragen zu prüfen. Ein Centralbureau für die Stempelverwaltung wurde errichtet. Der bulgarische Priester Peter Arabadjiski wurde als geistliches und nationales Oberhaupt der unierten Bulgaren von der Pforte anerkannt. Mukhtar Effendi wurde zum Director der nicht-muselmännischen Culte ernannt.

Trebigne, 20. Jänner. Vorgestern überfielen ungefähr 400 Türken von Korjaniz die Heerden der aufständischen Rajahs von Banjani und nahmen 50 Stück Rinder mit sich. Die Türken hatten einen Todten, zwei Verwundete, die Banjaner zwei Todte. —

**Amerika.** New-York, 10. Jänner. Die Bundesexpedition nach Mississippi ist bereit, Cairo zu verlassen. Ein Theil derselben ist schon nach Süden abgegangen. —

New-York, 11. Jänner. Die Expedition des Generals Burnides hat Anapolis verlassen. Es heißt, daß mehrere Divisionen diese Expedition, deren Bestimmung unbekannt ist, verstärken werden. Das Comité hat dem Congreß vorgeschlagen, 150 Millionen während des laufenden Jahres durch Auflagen zu erheben. Der Marsch der Bundesstruppen unter den Generalen Frank und Bill gegen New-Orleans wird erwartet. —

Man bittet in der gefrigen „Schäßburger Correspondenz“, Seite 102, Seite 27 von unten Carl Gross statt „Carl Gros“, Seite 41 von unten Superintendent: a l s e c r e t ä r statt „Superintendentialsecretär“ zu lesen.

Expedition:  
F. A. N. Krabs.

Hermannstadt.  
Verantwortlicher Redacteur, Eigentümer und Verleger:  
Heinrich Schmidt.

Schnellpressendruck  
v. Cloßius'sche Buchdruckerei.